



UNIVERSITÄTSZEITUNG

25

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
23. 6. 1966
10. JG./33 603
15 PFENNIG

FÜR DIE ZUKUNFT DER NATION Gespräche - Taten

Entspannung können auch erste Voraussetzungen auf dem Weg der Wiedervereinigung sein. Nichts davon löst sich erzielen in einer Gemeinsamkeit der SPD mit der CDU/CSU, nichts ohne die Verständigung vor allem zwischen der Arbeiterklasse unserer Republik und der Arbeiterklasse Westdeutschlands, auf die auch die anderen Friedenskräfte Westdeutschlands ihre Hoffnung richten.

Dieser Dialog ist alles andere als irgendein unverbindliches Gespräch um Belanglosigkeiten. Ob überhaupt Dialog, mit wem und um was - darin widerspiegelt sich das Ringen vor allem der entscheidenden sozialen Kräfte unserer Nation um die nationalen Grundprobleme. Mit dem Dialog zur Verständigung aller humanistisch gesinnten Menschen und den aus ihm erwachenden praktisch verbundenen Taten wird dem deutschen Imperialismus eine Klassenschicht geliefert. Deshalb sind wir hier zum Kampf um unsere Sache gerufen, zum Einsatz all unserer Fähigkeiten und unserer ganzen Leiden-

Natürlich gibt es sehr verschiedenartige Gespräche: in der Prüfung oder beim sonntäglichen Familienkaffee, im wissenschaftlichen Meinungsstreit oder am Lagerfeuer. Die einen verlangen unsere ganze Anspannung, sind Resultat langer Vorbereitung, andere mögen belanglos fröhlich sein. Der eine Gegenstand ruft unsere ganze persönliche Leidenschaft auf den



Plan, bei anderer Gelegenheit sind wir die abwegigen, belustigten oder auch gelangweilten Zuschauer.

Wenn es um unser gemeinsames Grundinteresse an Frieden und Demokratie, an der glücklichen Zukunft der ganzen deutschen Nation geht, so erfordert das in jedem Fall unsere ganze Aufmerksamkeit und unsere persönliche Aktivität. Stäblichkeit und Spezifität des praktischen Beitrags müssen dabei bestimmt werden durch unser Verständnis des Wesens der nationalen Frage und des Kampfes zu ihrer Lösung.

Zweifellos hat die Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Nation mit dem durch Initiative der SED zustande gekommenen „Dialog“ einen besonderen Aufschwung genommen.

Die bisherigen Briefe des ZK der SED wandten sich an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland und speziell an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD. Die mit diesen Briefen „angestrebte Verständigung“, so schrieb Walter Ulbricht an Professor Karl Jaspers, konzentriert sich primär auf die Arbeiterschaft der beiden deutschen Staaten und auf die Parteien, in denen die meisten Arbeiter politisch organisiert sind, und auf die Wissenschaftler und andere Kreise der Intelligenz. Aber wir sind überzeugt, daß unsere offene Aussprache... darüber hinaus alle um Frieden, Demokratie und Zukunft der Nation besorgten Deutschen angeht.

Bestimmten Leuten paßt das nicht. Herr Wehner zum Beispiel kommandierte auf dem Dortmunder Parteitag, daß er, Erler und Brandt agieren und die Mitglieder und Freunde den Mund halten. Die „Schlachter“, Strauß und Barzel möchte er beteiligen! Wo das Ziel der „Schlagabtausch“ ist, mögen sie freilich zahlreichere Verbündete sein als ehrliche Sozialdemokraten.

Aber: „Vor allem anderen... wollen wir verhindern - und dafür brauchen wir das Zusammenwirken mit allen Westdeutschen guten Willens - daß noch einmal von deutschem Boden ein Krieg ausgeht.“ (W. U. an K. J.) Wir erwarten von dieser Aussprache, daß sie das Klima in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten positiv beeinflusst und solche Veränderungen in der westdeutschen Bundespolitik herbeiführen hilft, die als nächsten Schritt die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durch Verhandlungen und Vereinbarungen ihrer Regierungen auf die Tagesordnung setzt. Um die Kriegsgefahr abzubauen, müssen die Verhandlungen über Atomwaffen und Notstandsregime verhindert, der kalte Krieg beendet und konkrete Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland erreicht werden, dazu bedarf es auch der Anerkennung der Grenzen und guter Nachbarschaft. Nur Verhandlungen über reale Schritte zur

schaft. Diese Klassenauseinandersetzung verlangt von jedem von uns, sein Gelübnis (als Student oder Wissenschaftler) einzulösen, das Gelübnis, stets an der Seite der Arbeiterklasse und unter der bewährten Führung ihrer Partei seine Kräfte einzusetzen „für Humanismus - gegen Imperialismus“.

Damit sind nun allerdings keine platonischen Erklärungen gemeint, sondern Taten, die der Forderung der Kräfte gegen den Imperialismus dienen. Sie setzen Initiative und guten Willen, Besinnung auf unsere Erfahrungen und echte Anspannung der Kräfte voraus. Die Einsicht in das Wesen des Dialogs ist eine Sache, die Organisation unseres praktischen Beitrags oft noch eine andere. Das ist auch keineswegs leicht. Vor ein paar Tagen sagte mir ein bewährter FDJ-Funktionär: „Wir werden nicht mehr so gefordert.“ Von anderen hörte ich: „Wir sind nicht mehr an konkrete Anforderungen gewöhnt.“ Natürlich ist das etwas nicht in Ordnung. Ist das allgemeine Verständnis der politischen Auseinandersetzungen in der gegenwärtigen Situation zu schwach? Sind Notwendigkeit oder Möglichkeiten des persönlichen Beitrags nicht erkannt? Werden die konkreten Aufgaben, die es doch gibt (Sommerlager, Prüfungen, Entensatz oder längst vergangene das Pfingsttreffen u. a. m.), nicht als Beitrag in diesem Kampf (u. a. m.) nicht als nicht ausreichend empfunden? Sicher ist das unterschiedlich; man muß es diskutieren und klären.

Auch an der Medizinischen Fakultät beraten gegenwärtig die Studenten über die Konzentrierung ihres Beitrags zur Sicherung des Friedens im Kampf gegen den Imperialismus. Es gibt eine große Verpflichtungsbewegung zur kostenlosen Blutspende für die Opfer der imperialistischen Aggression in Vietnam. Durch persönliche Gespräche sollen die Ärzte unserer Messestadt gewonnen werden, ihre Unterschrift den weltweiten Protesten gegen die USA-Aggression gegen das vietnamesische Volk hinzuzufügen. Im Praktikum wird die Verpflichtung, aktiver Verfechter unserer Politik zu sein, durch die Organisation von Ausdrücken zu den Grundfragen der nationalen Entwicklung eingelöst. Das sind konkrete Aufgaben, aus denen man das Bestreben spürt, einen echten und der Tagesarbeit und allgemeine Erklärungen hinausgehenden Beitrag zu leisten. In ihnen wächst das Kollektiv und wird als reale Kraft wirksam.

Die Studentenschaft der Karl-Marx-Universität ist im Kampf um die Lösung der Grundfragen der deutschen Nation eine gewaltige Potenz. Sie in der Auseinandersetzung zwischen Humanismus und Imperialismus noch stärker zu realisieren, ist die Aufgabe jedes einzelnen von uns.

W. Weiler
Dr. phil. Wolfgang Weiler

Alarm gegen Verständigung

Delegation des Friedensrates der DDR mit Frau Prof. Voegt von Grenzschutz schikaniert



Voller Empörung erfuhren wir von der unwürdigen Behandlung der Delegation des Deutschen Friedensrates in der bayrischen Grenzstadt Ludwigstadt. Mitglied dieser Delegation war auch Prof. em. Dr. Hedwig Voegt, bis 1963 Direktor des Instituts für Literarische Publizistik und Stilistik an der Fakultät für Journalistik. In einem Gespräch mit der UZ schilderte sie die Ereignisse von Ludwigstadt.

Pfarrer H. Werner hatte im Namen des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union zu einem Gespräch vor geladenen Gästen zum Sonntag, dem 12. Juni, nach Bad Cannstatt/ Stuttgart eingeladen. Dieses Forum sollte unter dem Motto „Quo vadis, Germania?“ - Deutsche Wege in die Zukunft stehen. Das große Thema „Quo vadis, Germania?“ war diktiert von der Sorge um die Zukunft Deutschlands. Patrioten aus der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik wollten über Krieg und Frieden sprechen, darüber, wie Sicherheit und Entspannung in Europa herzustellen sind, welche Wege zur Abrüstung gegangen werden müssen, welche Perspektive die beiden deutschen Staaten haben.

Die Bonner Regierung als Vollstrecker des politischen Willens der Monopolbourgeoisie verhinderte dieses Gespräch. Am Sonnabend, dem 11. Juni, war für den bayrischen Grenzschutz und die Bereitschaftspolizei Alarm gegeben. Als der Interzonenzug D 182 in den Grenzbahnhof Ludwigstadt einlief, stürmte die Polizei den Zug. Die Polizisten forderten zunächst mich auf, das Abteil zu verlassen und unterzogen mich noch im Zuge einem kurzen Verhör. Ich wies ihnen meine Einladung vor; sie wirkte auf die Polizisten wie ein Alarmsignal. Wir hätten die Reise zu unterbrechen und sofort mitzukommen. Auf unsere Proteste und die Forderung, uns die Gründe der Fahrtunterbrechung zu nennen, wurden sie rabiat. Umgeben von einem Pulk von Polizei wurden wir am ganzen Zug wie Schwerverbrecher vorbeigeführt. Mit einem Polizeiwagen transportierte man uns in die Polizeistation, wo wir trotz heftiger Proteste lange warten mußten, bis wir mit einem Verantwortlichen - ohne Namen und Rang - sprechen konnten. Er eröffnete uns, daß wir bis zum Abgang des nächsten Zuges in die DDR (12 Stunden später) arretiert wären. Zum Aufenthaltort wurde uns der Korridor der Polizeistation angewiesen.

Wegen der außerordentlichen Hitze haben wir, irgendeine Erfrischung zu uns nehmen zu dürfen. Nach langem Drängen wurde uns gestattet, unter schwerer Bewachung in ein kleines Café zu gehen. (Die westliche Presse heulte sich - um von dem nationalen Skandal abzulenken - mit der Versicherung, man hätte uns mit Kaffee und Kuchen bewirtet; nebenbei bemerkt haben wir unsere Ausgaben selber bezahlt).

Nach zwölfstündiger Wartezeit wurden wir mit Polizeieskorte zum Zug gebracht und über die Grenze abgeschoben.

Diese traurige Geschichte, die Deutsche in Deutschland erleben mußten, hat mich sehr erschüttert. Nicht deshalb, weil ich sentimental bin (das habe ich mir schon lange abgewöhnt), sondern weil jedes Detail nur als ein Ausdruck der von den Bonner Machthabern geübten antinationalen, antihumanistischen, antikommunistischen und aggressiven Politik verstanden werden muß.

Über die Frage „Quo vadis, Germania?“, die mit den drei offenen

Ihren leidenschaftlichen Protest gegen „diesen Willkürakt der dortigen Behörden“ und gegen die antinationale Politik der Bonner Machthaber überhaupt, die solche Schikane ermöglicht und provoziert, übermittelten uns die Studenten der Agrarpädagogik des 1. Studienjahres.

Briefen der SED an die SPD zu einer Frage geworden ist, die jeden Bürger in Westdeutschland bewegt (auch wenn er die Einzelheiten der offenen Briefe und die Grundprobleme noch nicht kennt), darf in der Bundesrepublik nicht gesprochen werden. Ich persönlich hatte mir vorgenommen, auf dem gesamtdeutschen Forum in Bad Cannstatt auf den Brief Walter Ulbrichts an Prof. Jaspers einzugehen, in dem es u. a. heißt: Die Zeit des Widerstandes aller humanistisch gesinnten Menschen gegen die formierte Gesellschaft ist gekommen.

Inzwischen hat der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, am 13. Juni 1966 an den westdeutschen Bundeskanzler Erhard ein Protestschreiben gesandt. Willi Stoph erhebt scharfen Protest gegen die widerrechtliche Ausdehnung des Geltungsbereiches westdeutscher Ge-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neun Fragen an den VDS

In seiner Antwort bringt der Zentralrat der FDJ zum Ausdruck, daß die FDJ für solche Begegnungen ist, auf denen Vertreter der Jugend beider deutscher Staaten über die Sicherung des Friedens in Deutschland und für Deutschland beraten können. Der Vorstand des VDS wird deshalb vom Zentralrat der FDJ aufgefordert, endlich klar zu sagen, auf welcher Seite er steht.

- Verurteilt der VDS-Vorstand die Verbrechen der USA in Vietnam und deren Unterstützung durch die westdeutsche Regierung? Was denkt er zu unternehmen, um mitzuhelfen, daß endlich diesem Verbrechen an der Menschlichkeit, dieser Gefährdung des Friedens auch für Europa und Deutschland Einhalt geboten wird? ...
- Ist der VDS-Vorstand bereit, für Abrüstung und Entspannung in Deutschland einzutreten?
- Ist der VDS-Vorstand bereit, öffentlich dafür einzutreten, daß

der Rüstungsstopp zugunsten von Wissenschaft, Forschung und Ausbildung, zur Unterstützung des Studiums von Arbeiter- und Bauernkindern riguros zusammengestrichen wird?

- Ist der VDS-Vorstand bereit, an der Seite der Gewerkschaften und der Wissenschaftler... und an der Seite aller demokratisch gesinnten Studenten sich an Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung zu beteiligen?
- Ist der VDS-Vorstand bereit, gegen die antikommunistische, reaktionäre und chauvinistische Verweigerung junger Menschen an den westdeutschen Bildungstätten aufzutreten?
- Wann endlich setzt sich der VDS-Vorstand dafür ein, daß die alten und neuen faschistischen Lehrkräfte von den westdeutschen Hochschulen - und Universitäten verschwinden und eine Erziehung der Jugend im Sinne des Huma-

Antwort des FDJ-Zentralrats an den Vorstand des Verbandes westdeutscher Studentenschaften

nismus, der Demokratie und der Völkerverständigung durchgesetzt wird?

- Ist der Vorstand des VDS für die Anerkennung der Realitäten in Deutschland oder für die Beibehaltung der Hallstedtdoktrin? Ist er für eine Annäherung und für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Regierungen?
- Ist der VDS-Vorstand bereit, sich klar und unmissverständlich gegen die Gebietsforderungen der Bundesregierung an andere Länder, gegen die Forderung nach Revision der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa auszusprechen?
- Ist der Vorstand des VDS bereit, dafür einzutreten, daß alle gesetzlichen Bestimmungen und Grundsatzzurteile, die die Ausdehnung des Geltungsbereiches westdeutscher Strafgesetze auf die DDR und ihre Bürger zum Inhalt haben, aufgehoben werden?